Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1,00 Mk., vierteljährlich 3,00 Mk., durch die Post 3,25 Mk., ausschl. Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140
der Anzeigen-Abteilung Nr. 170;
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133.
Postscheckkonto Leipzig 4604.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Neunundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme: vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr. — Abbestellungen von Anzeigenanträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17.
Nebengeschäftsstelle: Markt 24

Nr. 367a. **Halle, Montag, den 9. August** **1915.**

Nowo-Georgiewsk vor dem Fall.

Die Festungen Segrze und Serock (an der Narewmündung) genommen — Der Uebergang über die Weichsel bei Warschau erzwungen — Fortschritte der Armeen Woyrsch und Mackensen.

Aus belgischen Archiven.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" fährt mit der Veröffentlichung von Aktenstücken aus belgischen Archiven fort.

I.

Im Jahre 1908 machte der Zusammenschluß Rußlands, Englands und Frankreichs weitere Fortschritte. Schon im Laufe des März sprach die russische Presse von der Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Deutschland, und es mehrten sich die Anzeichen, daß auf dem Balkan ein Zusammengehen Oesterreich-Ungarns mit Rußlands schwierig geworden sei. Ende Mai erfolgte der Besuch des Präsidenten der französischen Republik in England. Bei dieser Gelegenheit trat im „Temps" Herr Tardieu für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England ein. Den Anlaß dazu hatten die vom König und Präsidenten gesprochenen Toaste im Buckingham-Palast gegeben. Der König hatte von „entente permanente", der Präsident von „entente resserrée" gesprochen, und die Forderung des „Temps" machte den Eindruck, als werde von Frankreich eine Bedingung für Verwirklichung dieser auf ein Bündnis hindeutenden Reden gestellt. Von epochemachender Bedeutung war der Besuch, den König Eduard am 9. Juni 1908 dem Zaren vor Reval machte. **Er bezweckte die Ausschaltung Oesterreich-Ungarns aus den Balkanangelegenheiten und hatte die revolutionäre Erhebung in der Türkei zur Folge.**

Der Revolution der Jungtürken folgte die Proklamation Bulgariens zum selbständigen Zarentum; Oesterreich-Ungarn vollzog die Annexion von Bosnien und der Herzegowina, und damit trat plötzlich eine serbisch-österreichisch-ungarische Frage in den Vordergrund, in welcher die Ententemächte gegen Oesterreich-Ungarn Partei nahmen. Schon damals schien eine Weltkrisis kaum zu vermeiden. Daß sie trotzdem vermieden wurde, lag an dem entschlossenen Eintreten Deutschlands für Oesterreich-Ungarn und daran, daß Rußland sich noch nicht stark genug fühlte, die Rolle zu übernehmen, die ihm zugedacht war. Im März 1909 konnte die Gefahr als überwunden gelten.

Am 9. Februar 1909 kam zwischen Deutschland und Frankreich ein Abkommen über Marokko zustande, in dem Deutschland die besonderen politischen Interessen Frankreichs anerkannte, während es andererseits die wirtschaftliche Betätigung Deutschlands in Marokko sicherstellen sollte.

Es ist überaus lehrreich, die Haltung zu verfolgen, welche die belgischen Gesandten in dieser Zeit einhielten.

Die Selbstverherrlichung Delcassés mit ihren verletzenden Anspielungen auf Deutschland, die schon Baron Greindl treffend gewürdigt hatte, veranlaßte Herrn Leghait in Paris, die Frage aufzuwerfen,

ob nicht die Neugruppierung der Mächte das Ergebnis eines umfassenden Programms sei, das in London wundervoll erdacht wurde.

Baron Greindl aber spricht sich am 29. Januar dahin aus, daß die Rede Delcassés deshalb Beifall gefunden habe,

weil sie den geheimen Wünschen und den eingestandenen oder nicht eingestandenen Revanchegelüsten der Franzosen entsprach.

Als der Deutsche Reichstag die Herabsetzung der Lebensdauer unserer Kriegsschiffe von 25 auf 20 Jahre einstimmig annahm, zog Greindl daraus den Schluß, daß das deutsche Volk den Ernst der Feindseligkeit Englands einsehe und deshalb ohne Murren die Kosten dieser Reform auf sich genommen habe.

„Kein Mensch — schreibt er — hat hier jemals den absurden und unausführbaren Gedanken eines Angriffes gegen England gehegt, aber alle Welt befürchtet einen englischen Angriff."

Inzwischen machte das vertragswidrige Vorgehen Frankreichs in Marokko weitere Fortschritte. Baron Greindl durchschaut klar die Methode des französischen Vorgehens. Aus Anlaß des Weißbuches über Marokko weist er darauf hin, in wie flagrantem Gegensatz zu den humanitären Reden Frankreichs im Haag das Bombardement einer offenen Stadt wie Casablanca stehe.

Die Unaufrichtigkeit der Politik Pichons verurteilt er bei dieser Gelegenheit mit folgenden Worten:

„Zweifellos mußte man in Paris vorhersehen, daß dieses brutale Vorgehen nicht nur in Marokko, sondern in der ganzen mohammedanischen Welt eine fremdenfeindliche und vor allem antifranzösische Bewegung hervorrufen werde, die den gewünschten Vorwand zu einer Okkupation liefern sollte, die man aber offenbar zu einer dauernden zu machen gedenkt. **Am Quai d'Orsay ist man zu der Politik Herrn Delcassés zurückgekehrt, hat ihr aber noch dazu den Mantel der Heuchelei umgehängt. Doch selbst den beginnt man abzulegen."**

In einem Bericht vom 13. Mai 1908 sagte er bezüglich der Abgesandten Mulay Hafids, die damals in Berlin zum großen Aerger der Pariser Regierung eingetroffen waren:

„Gleich zu Anfang haben die Abgesandten erklärt, daß Mulay Hafid sein Reich allen Europäern öffnen werde, die alle gleiche Rechte hätten. Ich frage mich, ob sie die europäische Politik so wenig kennen, um nicht zu wissen, daß Frankreich keine gleichen Rechte für alle will (wir haben das zu unserem Schaden bei der Ernennung des Direktors der öffentlichen Arbeiten erfahren) und befürchtet, daß das Land sich beruhigt, statt es zu wünschen, weil es ihm den Vorwand nehmen würde, den es sucht, um seine Eroberungspläne verwirklichen zu können."

Die Stellungnahme der deutschen Politik diesem illoyalen Vorgehen Frankreichs gegenüber kennzeichnet er unter Hinweis auf das deutsche Marokko folgendermaßen:

„Das Weißbuch zeugt von Anfang bis zu Ende von dem eifrigen Bestreben der Kaiserlichen Regierung, den unwahrscheinlichsten Behauptungen des Herrn Pichon und des französischen Botschafters in Berlin Glauben zu schenken, um nicht die marokkanische Frage erneut anschneiden zu müssen."

Baron Greindl war in Beurteilung der Marokkopolitik Frankreichs scharfsichtiger als sein Pariser Kollege, der in seinem Bericht vom 19. Januar 1909 die Versicherung Herrn Pichons ernst nimmt, daß die Regierung weder ein Protektorat noch die Eroberung Marokkos wünsche (!), sondern die Achtung vor den internationalen Vereinbarungen (!) und die Vorteile, auf die sie Frankreich ein Recht gäben.

Ueber den Besuch des Präsidenten Fallières in England und die Rede, mit der Sir E. Grey den bevorstehenden Besuch König Eduards in Rußland als gänzlich unpolitisch darstellte, äußert sich Greindl am 30. Mai folendermaßen:

„Man mag es Allianz, Entente nennen, oder wie man will, die vom König von England persönlich eingeleitete Gruppierung der Mächte besteht, und wenn sie auch nicht eine direkte und baldige Kriegsgefahr für Deutschland bedeutet (was zu viel gesagt wäre), so liegt in ihr nichtsdestoweniger eine Verringerung der Sicherheit.

Die herkömmlichen friedlichen Versicherungen, die zweifellos auch in Reval wiederholt werden dürften, bedeuten recht wenig im Munde dreier Mächte, die eben erst, wie Rußland und England, wenn auch mit verschiedenem Erfolg, nur in dem Bestreben, sich zu vergrößern, ja ohne plausiblen Vorwand die Eroberungskriege in der Mandschurei und in Transvaal geführt haben, oder die wie Frankreich gerade jetzt zur Eroberung Marokkos schreiten unter Nichtachtung feierlicher Versprechungen und ohne anderen Rechtstitel als die Uebertragung der Rechte Englands, die dieses selbst nicht besaß. Es sind dieselben Mächte, die im Verein mit den Vereinigten Staaten, die kaum ihren Raubkrieg gegen Spanien hinter sich haben, im Haag als Ultrapazifisten aufgetreten sind.

Der Dreibund hat während 30 Jahren den Weltfrieden gesichert, weil er unter Führung Deutschlands stand, das mit der politischen Gliederung Europas zufrieden war. Die neue Gruppierung bedroht ihn, weil sie aus Mächten besteht, die eine Revision des Statusquo anstreben, und zwar in so hohem Grade, daß sie Gefühle jahrhundertelangen Hasses zum Schweigen gebracht haben, um diesen Wunsch verwirklichen zu können."

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 8. August.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die deutsche Narewgruppe nähert sich der Straße Lomza—Ostrow—Wyszkow. An einzelnen Stellen leistet der Gegner hartnäckigen Widerstand. Südlich von Wyszkow ist der Bug erreicht. Serock an der Narew-Mündung wurde besetzt.

Vor Nowo-Georgiewsk nahmen unsere Einschließungstruppen die Befestigungen von Segrze.

Bei Warschau gewannen wir das östliche Weichselufer.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Vor dem Druck der Truppen des Generalobersten v. Woyrsch weichen die Russen nach Osten.

Zwischen Weichsel und Bug hat der linke Flügel der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen den Feind nach Norden gegen den Wieprz-Fluß geworfen; der rechte Flügel steht noch im Kampfe.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Französische Handgranatenangriffe bei Souchez und Gegenangriffe gegen einen vorgestern dem Feinde entrissenen Graben in den Westargonnen wurden zurückgewiesen.

Die Gefechte in den Vogesen nördlich von Münster lebten gestern nachmittag wieder auf; die Nacht verlief dort aber ruhig.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 8. August.

Amtlich wird verlautbart 8. August 1915:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand setzte gestern im Raume zwischen Weichsel und Wieprz den Angriff fort. Die unmittelbar westlich des Wieprz vorgehende Stoßgruppe warf den Feind aus mehreren Linien, nahm nachmittags Lubartow und drang gegen Norden bis zum Flußknie vor. Der geworfene Gegner flüchtete in Auflösung über den Wieprz. Auch südlich und südwestlich Miechow errangen unsere Truppen einen vollen Erfolg. Der Feind war hier, um unsere Angriffe zu parieren, zum Gegenstoß übergegangen, der bis zum Handgemenge führte, wurde aber in Front und Flanke gefaßt und über den Wieprz zurückgetrieben. Die Zahl der bei Lubartow und Miechow eingebrachten Gefangenen betrug bis gestern abend 23 Offiziere und 6000 Mann. Die Beute belief sich auf zwei Geschütze, 11 Maschinengewehre und zwei Munitionswagen. Bedroht durch unsere von Süden her siegreich gegen den unteren Wieprz vorgehenden Truppen haben heute früh auch die noch im Weichselgelände nordwestlich Iwangorod verbliebenen russischen Korps den Rückzug gegen Nordosten angetreten. Oesterreichisch-ungarische und deutsche Truppen verfolgen. — Zwischen Wieprz und Bug wird weitergekämpft. — In Ostgalizien ist die Lage unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Nach neuerlicher heftiger Artillerievorbereitung griff starke italienische Infanterie am Abend des 6. August den Plateanrand im Abschnitt Polazzo-Vermegliano an. Auch dieser Angriff wurde wie alle früheren, die sich gegen den Monte Dei bei Busi richteten, vollkommen zurückgeschlagen. Ansonsten war im Küstenlande, in Kärnten und in Tirol nur Geschützkampf im Gange. Am 6. August abends und in der Nacht zum 7. brach italienische Infanterie mit zwei Batterien über die Forcallina di Montozzo südwestlich Pejo nach Tirol ein. Die von diesen Kräften in den Morgenstunden des 7. August versuchten Angriffe wurden schon durch unser Artillerie- und Infanteriefeuer vereitelt. Die Italiener gingen unter lebhaften „Evviva Italia!"- und „a basso Austria!"-Rufen schleunigst zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der Kampf um Iwangorod.

c. B. Wien, 8. August.

Nach hier eingelaufenen Meldungen spielten sich die Hauptkämpfe der gegen Iwangorod vorgedrungenen Armeen in ziemlich großer Entfernung von dem Fortgürtel ab. Mehrere Kilometer vor diesen hatten die Russen starke Feldbefestigungen aufgebaut, in denen sie erbitterten Widerstand leisteten. Nachdem diese im prachtvollen Anlaufe erstürmt worden waren, leisteten die Verteidiger in den Forts nur wenig Widerstand. Die Stadt selbst wurde deshalb nur wenig beschädigt.

Die Stadt Radarzyn vernichtet.

c. B. Haag, 7. Aug. Ein Exchangetelegramm aus Kopenhagen meldet: Die Stadt Radarzyn ist bei dem Rückzuge der Russen um ¼4 Uhr morgens vollständig in Brand gesteckt worden. Die ganze Stadt wurde vernichtet. Von den Häusern stehen nur noch Ruinen. Auf allen Landstraßen sieht man große Menschenmassen, die mit dem Rest ihrer Habseligkeiten davonziehen. Am ganzen Horizont sieht man Feuersäulen.

Radarzyn liegt südwestlich von Warschau.

Der Anmarsch auf Lukow.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Das Vorrücken der verbündeten Truppen beiderseits des Wieprz dauert unaufhaltsam an. Der Erzherzog Joseph Ferdinand ist mit dem rechten Flügel bereits bis in den Raum von Lubartow, 25 Kilometer nördlich Lublin, gelangt. Daran anschließend hat der linke Flügel Mackensens am rechten Wieprzufer feindliche Stellungen an zwei Stellen durchbrochen. Die hartnäckig verteidigte russische Front am unteren Wieprz wird dadurch immer mehr gefährdet, ebenso die Stellungen östlich der Weichsel bei Iwangorod. Das Vorrücken der südlichen verbündeten Zentrumsarmeen hat sich bis auf 50 Kilometer an den wichtigen Knotenpunkt Lukow herangearbeitet, wo sich die Bahnlinien von Warschau und Iwangorod nach Brest-Litowsk vereinigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19150809019/fragment/page=0001

Auszeichnung des Eroberers von Zwangorod.

Das k. u. k. Armeeverordnungsblatt teilt die Verleihung des Großkreuzes des Leopoldordens mit der Kriegsdekoration an den General der Infanterie Koeveß von Koevesßhaza in Anerkennung der siegreichen Führung seiner Truppen mit.

Aufklärungen für die Duma.

c. B. **Stockholm**, 7. Aug. **Nach Meldungen aus Petersburg hat der Seniorenkonvent mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, von der Regierung vertrauliche Auskunft über die militärische Gesamtlage zu erbitten. Der Seniorenkonvent ersuchte den Präsidenten, zu diesem Zweck eine geheime Sitzung der Duma baldmöglichst einzuberufen.**

WTB. **Kopenhagen**, 7. Aug. Wie dem „Rjetsch" zu entnehmen ist, hat in der Duma der Kadettenführer Miljukoff, dessen Rede im amtlichen Auszug unerwähnt geblieben war, unter großem Beifall der ganzen Linken u. a. ausgeführt, die Versicherungen der Regierung hätten sich als leere Worte erwiesen. Das Volk wolle jetzt das Versäumte nachholen. Es sende ihn hierher mit dem Befehl, der Regierung die Wahrheit zu sagen. Die Regierung habe alles getan, um die patriotische Begeisterung im Volke zu töten. Man habe die unsinnigsten Verfolgungen fremder Völker gesehen, die Rußland in den Augen der ganzen Welt herabsetzen und die allerdümmsten Maßnahmen zur Russifizierung Galiziens. Erst heute sei nach früheren nebelhaften Aufrufen des Generalissimus das Wort von der Autonomie über Polen gefallen. — Redner verlangt schließlich die Rückführung der ausgeschlossenen sozialistischen Mitglieder in die Duma, da sie vollkommen unschuldig seien. Ferner verlangte er sofortige Amnestie für politische Verbrechen. Pogrome und Bestechungen mehrten sich immerfort. Mit dem Abgange des Kriegsministers sei nichts getan, da er die Duma direkt betrogen habe. Miljukoff verlangte eine gerichtliche Untersuchung und schloß mit dem Verlangen einer vollständigen Aenderung des inneren Kurses, da für Rußland jetzt alles auf dem Spiel stehe.

Forderung der Ministerverantwortlichkeit.

TU. **Paris**, 7. August. Aus Petersburg meldet der „Temps" über die Tätigkeit der Duma folgendes: Bereits seit einiger Zeit schreibt man der Duma die Absicht zu, die Frage eines verantwortlichen Ministeriums zu Beginn der Tagung aufzuwerfen. Im Laufe der Montagssitzung bekräftigten die Progressisten in ihrer Tagesordnung diese Forderung. Das oktobristische Zentrum und die Kadettenpartei erklärten sich diesen Wünschen der Progressisten anzuschließen bereit, sind jedoch der Meinung, daß infolge des Krieges derartige radikale Veränderungen nicht angebracht seien. Die Tätigkeit der Duma beschränkt sich gegenwärtig auf das eine Ziel, den Krieg zum siegreichen Ende zu führen. In ganz Rußland wird lebhaft die Tatsache kommentiert, daß die Duma bei der Wiederwahl der Mitglieder der Kommissionen für Fragen der Landesverteidigung zum ersten Male auch Vertretr der Opposition gewählt hat.

Goremykins Nerven versagen . . .

c. B. **Berlin**, 8. Aug. Verschiedene Berliner Morgenblätter melden aus Kopenhagen: Nachrichten aus Petersburg zufolge wurde Ministerpräsident Goremykin vorgestern von einem plötzlichen Nervenchok befallen. Sein weiteres Verbleiben im Amte gelte als unwahrscheinlich.

Der Vierverband als „Protektor" des Balkans.

Rumänien am Scheidewege.

TU. **Kopenhagen**, 7. August. **Nach Pariser Meldungen aus Bukarest verlautet dort ganz zuverlässig, daß zwischen Rumänien und den Vierverbandsmächten ein Bündnisvertrag abgeschlossen wurde, der bereits unterschrieben sei. Rumänien wird mit seinem Heere in der letzten Hälfte des August in den Krieg eingreifen.**

c. B. **Lugano**, 8. Aug. Der „Corriere della Sera" meldet aus Bukarest: Das rumänische Kriegsministerium berief die bisher noch nicht mobilisierten Truppen ein. Es handelt sich um zehn Kontingente, das sind um drei mehr, als während des Balkankrieges überhaupt einberufen wurden.

Erbitterung gegen den Vierverband in Griechenland und Serbien.

c. B. **Berlin**, 8. Aug. Wie der Athener Korrespondent des „B. T." aus diplomatischen Kreisen erfährt, haben die Gesandten des Vierverbandes dem Ministerpräsidenten eine Note übergeben, die hier große Verstimmung erweckt. Die Note ist nicht nur sehr kategorisch gehalten, sie stellt im Grunde auch gar keine Vorschläge, sondern einfach die Erklärung des Vierverbandes dar, daß dieser beschlossen habe, das Vallanproblem in einer „der Richtigkeit und Zivilisation entsprechenden Weise" zu regeln. Danach werde Bulgarien gewisse Teile von Serbisch-Mazedonien sowie Cavalla mit einem nicht näher bezeichneten Hinterland erhalten, wogegen Griechenland in Kleinasien entschädigt werde. Zugleich wird der griechischen Regierung bekanntgegeben, daß entsprechende Mitteilungen in Sofia und Nisch gemacht worden sind und, wie es heißt, auch die Hoffnung ausgesprochen, daß sich Rumänien der Vereinigung der genannten Balkanstaaten anschließen werde. Die Vierverbandsmächte konstituieren sich also sozusagen als Kongreß, der die Balkanfrage aus eigener Machtvollkommenheit regelt. Es ist daher der erste Schritt einer ernstlichen Bedrohung der Balkanstaaten oder der größte Bluff, den je ein englisches Gehirn ersonnen. Man erkennt, daß Bulgarien im letzten Augenblick von einer Verständigung mit der Türkei abgehalten werden soll und erwartet deshalb mit Spannung die Aufnahme des Schrittes in Sofia. Selten noch ist das griechische Volk von so tiefem einmütigem Gefühle der Erbitterung beherrscht gewesen, als dem jüngsten Schritt des Vierverbandes gegenüber. In verchiedenen Theatern Athens ist es vorgestern zu spontanen Kundgebungen für Deutschland gekommen. Aus allen griechischen Städten treffen Kundgebungen an den König, die Regierung und die Parteiführer ein, sich den Zumutungen des Vierverbandes zu widersetzen. In Serres, Drama und Cavalla werden großartige Kundgebungen veranstaltet werden, bei denen schwarze Fahnen und die Schädel der im Befreiungskriege gefallenen Soldaten umhergetragen werden sollen. Die mazedonischen Deputierten haben beschlossen, sich sofort zu Protestkundgebungen zu versammeln. Die Kabinette in Athen und Nisch sind in Verhandlungen getreten, um gegen die Erklärungen des Vierverbandes eventuell gemeinsam zu protestieren.

Bulgarien und der Vierverband.

Lockung, Druck und Drohung.

c. B. **Sofia**, 8. August.

Gleichzeitig mit der Antwortnote an die bulgarische Regierung überreichten die Vierverbandsmächte vorgestern auch in Athen und Belgrad eine Note, um beide Regierungen zur Abtretung mazedonischen Gebietes an Bulgarien zu bewegen. Von der Antwort der griechischen und serbischen Regierung soll es abhängen, ob der Vierverband imstande ist, die bulgarischen Ansprüche auf Mazedonien wenigstens teilweise zu befriedigen. Obgleich über den Inhalt der Vierverbandsnote noch strengstes Geheimnis bewahrt wird, verlautet in eingeweihten Kreisen, daß die Hauptforderung sofortiger Besetzung der abzutretenden Gebiete Mazedoniens nicht erfüllt werden kann, da weder Serbien noch Griechenland dazu ihre Einwilligung gegeben haben. In den hiesigen russenfreundlichen Kreisen verlautet, daß die Antwortnote des Vierverbands vornehmlich eine Beantwortung der von Bulgarien gestellten Fragen enthält und die Anbahnung von Verhandlungen über Zugeständnisse im Falle einer Aktion Bulgariens gegen die Türkei bezweckt. Außerdem soll die Note den Zweck verfolgen, den Abschluß eines türkisch-bulgarischen Vertrages zu vereiteln. Eingeweihte Kreise sind der Ansicht, daß sich die bulgarische Regierung mit der Beantwortung kaum beeilen dürfte.

c. B. **Bukarest**, 8. August.

Wie „Scara" aus Sofia meldet, wird in der unmittelbaren Umgebung des Ministerpräsidenten Radoslawow die Antwort des Vierverbandes als ein Versuch ausgelegt, einen Druck auf Bulgarien auszuüben, um es zu veranlassen, die Unterhandlungen mit der Türkei über die Grenzregulierung in Trazien abzubrechen. Nach der Ansicht maßgebender bulgarischer Politiker wird dieser Versuch aber mißlingen, da Radoslawow fest entschlossen sei, die bisherige freundliche Haltung der Türkei gegenüber auch ferner zu bewahren.

c. B. **Sofia**, 8. August. Welche Gefühle die russische Diplomatie für die Verwirklichung der bulgarischen Ideale hegt, geht aus nachstehenden Aeußerungen der „Birschewija Wjedomosti" hervor: Die Verbündeten haben nichts dagegen einzuwenden, daß Bulgarien die Linie Midia—Enos beherrscht, aber nur unter der Bedingung, daß diese von den Bulgaren erkämpft und ihnen nicht von unserem Feinde geschenkt wird. Was die Eisenbahnlinie nach Dedeagatsch betrifft, haben wir sehr viel dagegen einzuwenden, daß diese bulgarisch wird, denn diese Linie wird bei der Aktion auf Gallipoli den Verbündeten notwendig sein, und sie muß genommen werden ohne Rücksicht auf den Besitzer.

Ernste Unruhen in ganz Indien.

c. B. **Kopenhagen**, 7. Aug. **Wie die „Newyorker Staatszeitung" von Mannschaften und Passagieren des in Newyork angelangten spanischen Postdampfers „Alicante" erfährt, finden in ganz Indien ernste Unruhen statt. Amtlich werden die ausgebrochenen Aufstände damit erklärt, daß die zwischen den einzelnen Völkern bestehenden religiösen Gegensätze im Lande selbst schuld an allem seien. In Wirklichkeit aber ist die Unzufriedenheit der Inder auf deren Haß gegen die englische Bevölkerung zurückzuführen. Es haben mehrere Aufstände stattgefunden und in der Nachbarschaft von Colombo sollen revoltierende Eingeborene von britischen Truppen streng bestraft worden sein. Eine Anzahl von Engländern wurden ermordet und in Colombo wurden eine Reihe Läden geplündert. Infolgedessen wurde das Kriegsrecht verkündet, alle Europäer wurden bewaffnet und alle militärdienstfähigen englischen Untertanen in Militärdienst gestellt. Es sind Vorbereitungen getroffen worden, alle weißen Frauen und Kinder nach Australien oder nach ihren Heimatsländern zu bringen. Der Kapitän des Dampfers „Alicante" erklärte, daß Passagiere, welche kürzlich nach Indien reisten, die Lage für ernst halten. In Singapore sind keine weiteren Ausschreitungen vorgekommen, aber angesichts der Unsicherheit der Lage haben die Behörden alle Briten im Alter von 20 bis 35 Jahren zu den Waffen gerufen. Auf Nord-Borneo gärt es ebenfalls und der eingeborenen Bevölkerung dieser britischen Kolonie ist, nachdem es auch dort zu Unruhen gekommen, gar nicht zu trauen. Japanische Kreuzer patrouillieren augenblicklich in den Gewässern von Borneo.**

Der amerikanische Kongreß wird einberufen.

Ein Gesetzentwurf gegen die Waffenausfuhr.

WTB. **Manchester**, 8. August. **Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian" meldet aus bester Quelle: Der amerikanische Kongreß wird in wenigen Wochen zusammentreten und es wird ein Gesetzentwurf eingebracht werden, der die Ausfuhr von Kriegsmunition an Kriegführende verbietet. Die Agitation dafür ist überwiegend pazifisch, aber es besteht die Möglichkeit, daß sie durch amerikanische Handelsinteressen verstärkt wird.**

Wilson bereitet eine Botschaft über die nationale Verteidigung vor.

c. B. **Rotterdam**, 7. August. Der „Daily Telegraph" meldet aus New York: Der Präsident wird dem Kongreß in kurzem eine Botschaft über die Ausdehnung der nationalen Verteidigung vorlegen.

Die Londoner „Morning Post" meldet aus Washington: Die deutsch-amerikanischen Vereine in Wisconsin richteten an den Präsidenten das Ersuchen, nicht nur die Ausfuhr von Munition zu verbieten, sondern auch die für Lebensmittel, weil der Krieg auch dadurch verlängert würde.

Ein amerikanischer Bluff oder ein Krieg der Munitionsspekulanten?

c. B. **Rotterdam**, 8. August.

Ein aus 1000 Flugzeugen bestehendes Fliegerkorps, das aus amerikanischen Mitteln und amerikanischen Fliegern bestehen soll, wird nach einer Meldung der „Newyork World" aus Paris von einer diplomatischen Persönlichkeit, die früher Vertreter der Vereinigten Staaten war, ins Leben gerufen werden und während des Krieges noch der französischen Heeresleitung zur Verfügung gestellt. Es sollen bereits 4 Millionen Mark von reichen Amerikanern für diesen Zweck zusammengebracht worden sein und eine Persönlichkeit, die sich in den Vereinigten Staaten eines außerordentlichen Rufes erfreut, ist zum Chef dieses Korps ausersehen worden. Das Korps soll eine selbständige Truppe unter eigenen Offizieren bilden, für die die bereits im französischen Heere tätigen Flieger Thaw, Norman Prince und Curtiss ausersehen sind. Es heißt, daß Vincenz Astor und eine Reihe anderer reicher Amerikaner bereits Flugzeuge kauften und dem Unternehmen zur Verfügung stellten.

Zwei englische Regimenter auf Gallipoli vernichtet.

WTB. **Konstantinopel**, 8. August. **Zu dem im letzten amtlichen Kriegsbericht erwähnten Kampfe bei Seddul Bahr teilt das Große Hauptquartier ergänzend mit: Wir machten in diesem Kampfe 60 Engländer zu Gefangenen, darunter einen Major und zwei Leutnants. Die Gefangenen sagten aus, daß von zwei Regimentern, die an diesem Kampfe teilgenommen haben, nur 30 Soldaten am Leben geblieben sind.**

Feindliche Kriegsberichte.

Der amtliche französische Heeresbericht.

WTB. **Paris**, 8. August. In dem amtlichen Heeresbericht von gestern nachmittag heißt es: Im Westteil der Argonnen immer noch sehr lebhafter Kampf mit Minenwerfern und Bomben. Bei der Höhe 213 wurde ein feindlicher Angriff zurückgeschlagen. In Lothringen wurde eine starke deutsche Aufklärungsabteilung bei Leintrey durch unser Feuer zerstreut.

In dem amtlichen Heeresbericht von gestern abend heißt es: In den Argonnen erneuerten die Deutschen zweimal ihre Angriffe um die Höhe 213, wurden aber zurückgeworfen. In den Vogesen bombardierte der Feind mehreremal unsere Stellungen am Lingekopf und Schratzmännle. Zwei Angriffe der Deutschen am Schratzmännlepaß wurden zurückgeworfen.

Cadorna meldet.

WTB. **Rom**, 7. August. Amtlicher Kriegsbericht von 7 Uhr abends: Zwei feindliche Angriffe gegen die von uns genommene und verstärkte Stellung bei Plavs wurden abgewiesen. Auf dem Karst endete der Kampf am Abend mit einem beträchtlichen Erfolg für uns. Wir nahmen 140 Mann gefangen. Feindliche Artillerie warf Brandgranaten auf die Werft von Monfalcone, in der eine schwere Feuersbrunst verursacht wurde. Trotz heftigen Sperrfeuers, das die Löschungsarbeiten verhindern sollte, konnte der Schaden durch Eindämmung des Brandes merklich beschränkt werden.

Deutsches Reich.

„Parteiamtlich" oder nicht?

Die „Nationalliberale Korrespondenz" schreibt in ihrer letzten Nummer:

Zu der Erklärung, die wir an der Spitze der Nummer 81 der „Nationalliberalen Korrespondenz" gebracht haben, bemerkt die „Voss. Ztg.":

„Wie wir von maßgebender Seite der Nationalliberalen hierzu erfahren, ist dieser Auslassung der „Nationalliberalen Korrespondenz" ein parteiamtlicher Charakter nicht beizumessen."

Es scheint hier ein Spiel mit Worten getrieben zu werden. Der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses hat in jener „Auslassung" festgestellt, daß in der Parteileitung, d. h. in dem geschäftsführenden Ausschuß und in den Fraktionsvorständen von einem Mißtrauen der nationalliberalen Partei gegenüber der Reichsleitung nicht das mindeste bekannt sei. Er erwarte ferner, daß die Verhandlungen des Zentralvorstandes darüber, ob an einzelnen Stellen der Partei ein solches Mißtrauen besteht, volle Klarheit bringen werden. Ob man das eine „parteiamtliche" Auslassung nennen will oder nicht, kann jedem einzelnen überlassen bleiben.

Dr. Leo Arons und seine Lehrbefugnis.

Im Januar 1900 war dem Privatdozenten der Physik an der Universität Berlin, Dr. Leo Arons, auf Grund seiner erklärten Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei die Lehrbefugnis an der Universität durch das Ministerium entzogen worden, obwohl sich die philosophische Fakultät der Universität als nächste Urteilsinstanz gegen diese von der vorgesetzten ministeriellen Stelle geforderte Entlehung erklärt hatte. Im Anschluß an die begeisternden Worte, in denen der Kaiser beim Beginn des Krieges die Einmütigkeit des ganzen deutschen Volkes gefeiert hatte, war dann von der philosophischen Fakultät auf Grund eines einstimmigen Beschlusses bei dem vorgesetzten Ministerium der Antrag gestellt worden, daß dem Dr. Arons die Lehrbefugnis an der Universität aufs neue erteilt werden dürfe. Dieser Antrag hatte denn auch beim Ministerium und an höchster Stelle grundsätzliche Zustimmung gefunden, doch hat Dr. Leo Arons in Anbetracht seines Lebensalters und seines Gesundheitszustandes sich nicht zu entschließen vermocht, sich einer erneuten Bewerbung um die Gewährung der Lehrbefugnis zu unterziehen, obwohl die notwendigen Formalitäten in jeglicher Weise erleichtert werden konnten.

Die Reichsfuttermittelstelle und die Tierhalter.

Der durch Bundesratsbeschluß vom 23. Juli d. Js. errichteten Reichsfuttermittelstelle gehen zahlreiche Anträge von Tierhaltern auf Zuweisung von Futtermitteln, ferner auch Anfragen und Angebote wegen Lieferung von Futtermitteln und dergleichen zu. Derartigen Anträgen und Angeboten vermag die Reichsfuttermittelstelle in keinem Falle Folge zu geben. Sie ist kein Geschäftsunternehmen, sondern eine Behörde, der die Durchführung der Bundesratsverordnungen über den Verkehr mit Gerste, Hafer, Kraftfuttermitteln und zuckerhaltigen Futtermitteln obliegt. Sie hat daher weder Futtermittel im Besitz, noch kauft oder verkauft sie solche. Eine Zuweisung von Futtermitteln kann durch sie außer an die Heeres- und Marineverwaltung nur an Kommunalverbände und an die in den Bundesratsverordnungen oder vom Herrn Reichskanzler besonders bestimmten Stellen erfolgen. Anträge auf Zuweisung von Futtermitteln sind ausschließlich an die zuständigen Kommunalverbände (Kreisausschuß, Magistrat, Amtshauptmann usw.) zu richten.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: J. L.: Siegfried Dyck; für Unterhaltungsblatt und Letzte Nachrichten: Hans Ratonek; für den Anzeigenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19150809019/fragment/page=0002